

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Literaturverzeichnis	XVII
§ 1 Einführung	1
A. Der digitale Nachlass und das Recht	1
I. Digitalisierung und (Erb-)Recht	1
II. Praktische Bedeutung des digitalen Nachlasses in der erb- rechtlichen Beratung	3
III. Zentrale Punkte der Diskussion	4
B. Der Begriff „digitaler Nachlass“	6
C. Gegenstände des Erbgangs: Speichermedien, Daten etc.	8
I. Daten sind keine Sachen	9
II. Schutz des Eigentums und des Besitzes am Datenträger und daraus folgend der Schutz der darauf verkörperten Dateien	10
III. Schutz von in einer Cloud gespeicherten Dateien	11
IV. Das Recht an den Inhalten	12
1. Immaterialgüterrechte, allgemeines Persönlichkeits- recht etc.	12
2. Das Recht an den Inhalten folgt anderen Regeln als das Recht am Datenträger	12
3. Ansprüche aufgrund des Rechts an den Inhalten	14
V. Zusammenfassung	15
D. Weiterer Gang der Darstellung	16
I. Speichermedien beim Erblasser	16
II. Rechte Dritter an den Inhalten	17
III. Cloudspeicher und Kommunikationsdienste	17
IV. AGB der Anbieter digitaler Dienste	17
V. Legitimation im Rechtsverkehr	18
VI. Gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen ggü. Dienstanbietern	18
VII. Strafrechtliche Aspekte	18
VIII. Ausgangsfall	18

Teil 1 Die rechtlichen Probleme des digitalen Nachlasses	21
§ 2 Speichermedien beim Erblasser	21
A. Einleitung	21
B. Grundlagen der Vererbung von Speichermedien, Dateien und Inhalten	22
I. Der Erbgang an Speichermedien und Dateien	22
1. Eigentum des Erblassers am Speichermedium	22
2. Besitzrecht des Erblassers am Speichermedium	23
II. Der Erbgang an Inhalten	23
1. Immaterialgüterrechte	24
2. Andere Inhalte	24
a) Herausgabeansprüche nach § 667 BGB	25
b) Inhaberschaft an den Inhalten über das allgemeine Persönlichkeitsrecht	25
c) Aussortieren von höchstpersönlichen Inhalten zugunsten der Angehörigen beim Erbgang?	26
C. Die grundlegenden Wertungen des deutschen Erbrechts und ihre Auswirkungen auf die Rechtsnachfolge in Gegenstände des digitalen Nachlasses	29
I. Gesamtrechtsnachfolge	29
II. Vererbt werden Rechtspositionen	30
III. Auf den wirtschaftlichen Wert der Rechtsposition kommt es nicht an	31
IV. Kontinuitätsgedanke: Untergang des Rechts als Aus- nahme	32
V. Kein Untergang von Rechten wegen höchstpersönlicher Inhalte	33
1. Die §§ 2047 Abs. 2, 2373 S. 2 BGB	33
2. Die Ansicht des KG	34
3. Genetische Auslegung der §§ 2047 Abs. 2, 2373 S. 2 BGB	34
VI. Kein Übergang der Rechte auf Angehörige	37
1. Keine Rechtsgrundlage für einen Übergang auf die nächsten Angehörigen	37
2. Auch das Persönlichkeitsrecht des Erblassers bietet keinen Anknüpfungspunkt für einen Rechtsüber- gang auf die Angehörigen	38
VII. Das postmortale Persönlichkeitsrecht des Erblassers steht dem Übergang auf die Erben nicht entgegen	39
VIII. Zusammenfassung der dem Erbgang zugrunde liegenden Prinzipien	41

D. Konsequenzen für den digitalen Nachlass	42
§ 3 Rechte Dritter an den auf den Speichermedien des Erblassers verkörperten Inhalten	45
A. Einleitung	45
B. Immaterialgüterrechte Dritter	46
I. Nutzung durch den Erblasser ohne Zustimmung des Berechtigten	47
II. Nutzung durch den Erblasser mit Zustimmung des Berechtigten	48
III. Erschöpfungsgrundsatz	49
C. Der Erblasser als Arbeitnehmer, Dienstverpflichteter, Auftragnehmer etc.	50
I. Andienungspflichten von „Grabungsmaterialien“	50
II. Herausgabepflicht nach § 667 BGB – auch als Arbeitnehmer	51
III. Herausgabepflicht des Arbeitgebers oder Auftraggebers für private Daten	51
D. Andere Rechte Dritter, insbes. Persönlichkeitsrecht	52
I. Die Rechtslage zu Lebzeiten des Erblassers	53
1. Intime und weniger intime Fotos	53
2. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	54
a) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Rahmenrecht und das Prinzip des überwiegenden Interesses	54
b) Die Einwilligung	54
c) Allgemeines Persönlichkeitsrecht und KunstUrhG	55
d) Allgemeines Persönlichkeitsrecht und Geheimnisschutz	56
3. Einwilligung beim Austausch unter Privaten	56
a) Auslegung der Einwilligung	56
b) Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	57
c) Einwilligung außerhalb des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung	58
4. Zwischenergebnis	59
5. Umfang der Verfügungsbefugnis des Erblassers	59
II. Die Rechtslage nach dem Tod des Erblassers	60
E. Ergebnis	61

§ 4 Cloudspeicher und Kommunikationsdienste	63
A. Einleitung	63
B. Gesamtrechtsnachfolge gemäß § 1922 BGB	64
I. Grundsätze	64
1. Vererbare Rechtsposition	65
2. Vermögenswert der Dateninhalte unbeachtlich	65
a) Keine Differenzierung nach Inhalten	65
b) Auf das Eigentum am Speichermedium und damit auf eine Verkörperung kommt es nicht an	66
c) Unterscheidung zwischen Inhalten mit einem Vermögenswert und höchstpersönlichen Inhalten praktisch nicht möglich	67
3. Recht am Inhalt der gespeicherten Daten unerheblich für Übergang des Nutzungsvertrags	67
II. Rechtsnachfolge in extern gespeicherte Dateien	69
1. Hauptpflichten	69
a) Nutzungs- und sonstige Rechte	69
b) Speicherung von eigenen Inhalten (Bilder, Musik, Guthaben etc.)	70
c) Downloads	72
d) Cloud beim Download-Anbieter	72
2. Nebenpflichten, insbesondere Auskunftsansprüche	73
3. Kündigung – Rückabwicklung	75
4. Weiterführung des Vertragsverhältnisses?	75
III. Nutzung elektronischer Kommunikationsdienste, Social Media und anderen Plattformen	76
1. E-Mail- und Messengerdienste	76
2. Soziale Netzwerke und vergleichbare Plattformen	77
IV. Geheimhaltungspflicht der Provider	78
1. Aufgrund des postmortalen Persönlichkeitsrechts	78
2. Aufgrund datenschutzrechtlicher Bestimmungen	80
3. Aufgrund eines besonderen Vertrauensverhältnisses zum Provider	80
4. Trennung von privaten Inhalten durch die Anbieter nicht zulässig	82
C. Undurchsetzbarkeit wegen Verstoßes gegen das Fernmelde- geheimnis?	82
I. Das Fernmeldegeheimnis	83
II. Zugangverschaffung an die Erben verletzt das Fernmelde- geheimnis nicht	85
1. Die Erben sind nicht „andere“ i.S.d. § 88 TKG	85
2. Der Umkehrschluss zum PostG hinkt	88

III. Jedenfalls: Einwilligung der Kommunikationspartner des Erblassers	90
1. Fernmeldegeheimnis und allgemeines Persönlichkeitsrecht	90
2. Die Einwilligung der Kommunikationspartner als allgemeiner Rechtfertigungsgrund	91
3. Die Auslegung der Einwilligung bei internetbasierter Kommunikation	92
a) Ausgangspunkt der Auslegung	92
b) Die Entscheidung des KG	92
c) „Verkehrssitte“ im Bereich internetbasierter Kommunikation	93
d) Einwilligung deckt in der Regel die Übertragung der Verfügungsbefugnis auf die Erben	94
e) Auslegung bei Berührung des Kernbereichs der privaten Lebensführung	95
D. Ergebnis	97
§ 5 Ausschluss der Gesamtrechtsnachfolge durch AGB	99
A. Lex Provider?	99
I. Vererblichkeit	99
II. Erlöschen mit dem Tod	100
III. Allgemeine Klauseln mit Auswirkungen auf den Todesfall	101
1. Anknüpfen an Inaktivitätszeit	102
2. Unübertragbarkeit auf Dritte	102
3. Beschränktes Nutzungsrecht	102
B. AGB-Kontrolle	103
I. Anwendbarkeit der §§ 305 ff. BGB und Vorliegen von AGB	103
II. Unübertragbarkeit auf Dritte	104
III. Inaktivität	104
IV. Transparenzgebot	105
V. Ordnungsgemäße Einbeziehung	105
VI. Unvererblichkeit von Downloads: Differenzierung zwischen Erwerb des Nutzungs- oder Verbreitungsrechts	107
1. Einräumung eines nur eingeschränkten Nutzungsrechts möglich	107
2. Eingeschränktes Nutzungsrecht als überraschende Klausel?	108
3. Erschöpfungsgrundsatz	108

4. Inhaltskontrolle	110
a) Gedenkzustand als Leistungsbeschreibung?	110
b) Unvererblichkeit von Accounts: Unangemessene Benachteiligung	111
c) Vernichten von gespeicherten Daten: Einschränkung von Kardinalpflichten	111
d) Disposition des Anbieters über das Erbrecht: Abweichung von gesetzlicher Wertung	113
§ 6 Legitimation im Rechtsverkehr	115
A. Legitimation als Rechtsnachfolger	115
I. Gesetzliche Grundlagen	115
II. Anders lautende AGB?	117
1. Zwingende Vorlage eines Erbscheins	117
2. Nachweis der Gesamtrechtsnachfolge durch Sterbeurkunde?	118
3. Abhängigmachen von Ermessen des Anbieters oder Gerichtsentscheidung	120
B. Nachweis der Nachlasszugehörigkeit	121
§ 7 Die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber (internationalen) Dienstanbietern	123
A. Einleitung	123
B. Internationale Zuständigkeit nach europäischem IZPR	123
I. Zuständigkeit bei Verbrauchersachen (Art. 17 ff. EuGVVO)	124
II. Zuständigkeit in anderen Fällen	125
III. Zuständigkeit bei „gemischter Nutzung“	125
IV. Schlussfolgerungen für die Praxis	126
C. Anwendbares Recht und Rechtswahlklauseln nach europäischem IPR	126
I. Handeln als Verbraucher (Art. 6 Rom I-VO)	126
II. Anwendbares Recht in anderen Fällen	127
III. Anwendbares Recht bei „gemischter Nutzung“	128
IV. Schlussfolgerungen für die Praxis	128
D. Der richtige Klageantrag	128
I. Gegenstand des Antrags?	129
II. „Zugangverschaffung“: Hinreichend bestimmter Antrag?	130
III. „Zugangverschaffung“ ... und Duldung der Nutzung? ...	131

§ 8 Strafrechtliche Fragen des digitalen Nachlasses	133
A. Grundlagen	133
I. Ausspähen von Daten – § 202a StGB	133
II. Datenveränderung – § 303a StGB	135
III. Verletzung des Fernmeldegeheimnisses – § 206 StGB	136
IV. Weitere Tatbestände	137
B. Praktisch relevante Fälle im Bereich des digitalen Nachlasses	138
I. Gegen unberechtigten Zugang besonders gesicherte Daten – § 202a StGB	138
1. Verfügungsbefugnis des Erblassers	138
2. Verfügungsbefugnis Dritter	139
3. Insbesondere: Geräte und Speichermedien des Arbeitgebers	140
II. Nicht gegen unberechtigten Zugang besonders gesicherte Daten – Strafbare Datenveränderung nach § 303a StGB? ..	140
III. Zugangverschaffung durch Dienstanbieter – Strafbarkeit nach § 206 StGB?	141
Teil 2 Vorsorge	143
§ 9 Praktische Maßnahmen	143
A. Einleitung	143
B. Geordnete Hinterlassung des digitalen Nachlasses	144
C. Weitere praktische Maßnahme	144
I. Wahl deutscher Anbieter?	144
II. E-Mail-Konten	145
III. Welche Dienste können über das E-Mail-Konto „gesteuert“ werden?	145
D. Zum Umgang mit Passwörtern	145
I. Aufbewahrung zu Hause	146
II. Hinterlegung beim Notar	147
III. Zwei-Faktoren-Authentifizierung und Mobiltelefon	148
IV. Nutzung eines Passwortmanagers oder einer eigenen geschützten Datei	148
V. Ende-zu-Ende-Verschlüsselung	149
E. Dienstleister	149

§ 10 Rechtliche Maßnahmen zur Regelung des digitalen Nachlasses ..	151
A. Rechtliche Grundsätze	151
I. Legitimationsmöglichkeiten von Bevollmächtigten und Erben	151
II. Rechte der Kommunikationspartner – Auswirkungen des KG-Urteils	152
III. Ausschluss der Weitergabe an Dritte durch die AGB der Provider	153
1. Erben und Vermächtnisnehmer	154
2. Parteien kraft Amtes und Stellvertreter	155
3. Ergebnis	157
B. Vereinbarungen mit den Anbietern	157
C. (Vorsorge-)Vollmachten	158
D. Letztwillige Verfügungen	160
I. Vererbung	160
II. Teilungsanordnung und Vermächtnis	161
III. Testamentsvollstreckung	163
Stichwortverzeichnis	165